

HERAUSGEGRIFFEN

Wenn ein Standort von Zentimetern abhängt

Thomas Fischer, Lissabon · Zu den portugiesischen Managern, die es ganz weit gebracht haben, zählt der 59-jährige Carlos Tavares, CEO der Autogruppe PSA. Er war noch ein Kind, als Citroën 1962 sein Werk im nordportugiesischen Mangualde gründete. 1990 lief dort das allerletzte Exemplar des legendären 2CV («Ente») vom Band. Aus Mangualde kommen jetzt Vans, Citroën Berlingo und Peugeot Partner. Als deren Nachfolger soll das Werk ab 2019 den neuen Kleintransporter mit vorläufigem Namen K9 fertigen. Plötzlich will PSA aber den langfristigen Erhalt dieses Standortes nicht garantieren.

Im Werk mit bisher rund 700 Beschäftigten sind dabei für den Bau des K9 noch 225 Neueinstellungen geplant. Immerhin 100 000 Exemplare dieses Modells soll es jährlich geben, davon 20 000 für den heimischen Markt – wo das Problem beginnt. Mittelfristig könnte die Investition im Land auf der Kippe stehen, davor warnte dieser Tage der PSA-Chef für Portugal, Alfredo Amaral. Er klagte nicht über Lohnniveau oder Arbeitsrecht, sondern über die Einstufung des K9 bei der Festlegung der Maut auf portugiesischen Autobahnen.

Fast alle Pkw und viele Vans gehören zur «Klasse 1». Dafür zahlt man 22,05 Euro auf den 300 Kilometern von Lissabon nach Porto. Ist ein Wagen – wie der K9 – über der Vorderachse jedoch über 1,10 Meter hoch, gehört er zur «Klasse 2», womit die Maut auf 38,25 Euro steigt und die Chancen für den Absatz sinken. Und da stösst wohl auch der Patriotismus eines portugiesischen CEO an Grenzen. PSA setzte der Regierung eine Frist zur Änderung der Regeln. Letztere verhandelt darüber schon mit dem grössten Autobahnbetreiber.

Schon 2005 begünstigte ein Präzedenzfall vor allem den Mehrzweck-Van Sharan, den VW in Portugal baut. Nun können Autos an der Vorderachse bis zu 1,30 Meter hoch sein, um wenigstens bei elektronischem Einzug der Maut (nicht aber bei manueller Zahlung) nur die Gebühr der «Klasse 1» zu zahlen. Allerdings ist der K9 noch höher. Nach Ansicht der Autohersteller sollte nicht die Höhe, sondern das Gewicht zählen. Vielleicht ergibt das einen Sinn. Als fein gilt das Vorgehen von PSA aber nicht.



Schuld am schlechten Ergebnis von Coca-Cola sind die neuen US-Steuer Gesetze. BLOOMBERG

Milliardenverlust für Coca-Cola

(dpa) · Eine hohe Abschreibung aufgrund der US-Steuerreform hat dem Getränkehersteller Coca-Cola einen Milliardenverlust im letzten Quartal 2017 eingebrockt. Unter dem Strich stand ein Minus von 2,8 Mrd. \$, wie der Pepsi-Rivale am Freitag mitteilte. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum hatte das Unternehmen noch 550 Mio. \$ verdient.

Dass das Quartalsergebnis derart massiv absackte, liegt an den neuen US-Steuer Gesetzen, die dem Getränkehersteller wegen einer Abgabe auf Auslandsvermögen eine einmalige bilanzielle Sonderbelastung in Höhe von 3,6 Mrd. \$ verursachten. Coca-Cola betonte aber, auf längere Sicht von den

Steuersenkungen der US-Regierung zu profitieren.

Der Umsatz im letzten Quartal sank im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 20% auf 7,5 Mrd. \$. Das lag vor allem daran, dass sich der Konzern aus Kostengründen von Abfüllbetrieben trennte, was mit Einbussen bei den Erlösen einherging. Trotzdem übertrafen die Quartalszahlen die Erwartungen der Analysten; die Aktie legte vorbörslich um 1,5% zu.

Im gesamten abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 fiel der Umsatz um 15% auf 35,4 Mrd. \$. Der Gewinn brach – nicht zuletzt wegen der hohen einmaligen Abschreibung – um 81% auf 1,2 Mrd. \$ ein.

Die USA planen neue Zölle auf Stahlimporte

Martin Lanz, Washington · Schon lange ist davon die Rede, seit Freitag gibt es konkrete Anhaltspunkte: Präsident Trump dürfte demnächst neue Schutzmassnahmen zugunsten der US-Stahl- und -Aluminiumindustrie anordnen. Basis dafür sind zwei sogenannte 232-Untersuchungen des amerikanischen Handelsministeriums, die im April 2017 lanciert worden waren. Handelsminister Wilbur Ross hat am Freitag seine Empfehlungen an Trump, die unter anderem auf einen Zoll von 24% auf US-Stahlimporten und 77% auf US-Aluminiumimporten lauten, in einer Telefonkonferenz erläutert.

Das Ministerium ist zum Schluss gekommen, dass globale Überkapazitäten in der Stahl- und Aluminiumproduktion zu einer Flut von Billigliefungen in die USA geführt haben. Die Importe drohen die nationale Sicherheit zu bedrohen, hiess es am Freitag. Die vorgeschlagenen Schutzmassnahmen sollen laut Ross dazu beitragen, die Kapazitätsauslastung in der US-Stahlindustrie von derzeit 73% wieder auf 80% und jene in der US-Aluminiumindustrie von 48% auf 80% zu bringen. In ähnlichem Ausmass würde auch die Beschäftigung in diesen Industrien steigen. Wegen der angeblich unfairen ausländischen Konkurrenz sei die Beschäftigung in der Stahlindustrie seit 1998 um 35% zurückgegangen und seien zehn Öfen geschlossen worden, während in der Aluminiumindustrie von 2013 bis 2016 sechs Schmelzen verloren gegangen seien und nur zwei der fünf verbliebenen ausgelastet seien. Gerade noch ein US-Produzent sei in der Lage, die US-Rüstungsindustrie mit Alu-Legierungen in ausreichender Qualität zu beliefern.

Wie würden diese Schutzmassnahmen ausgestaltet? Ross hat jeweils drei Varianten vorgeschlagen. Bei den Stahlimporten könnte es erstens ein globaler Zoll von mindestens 24%, zweitens ein Zoll von mindestens 53% auf Produkten aus Brasilien, China, Costa Rica, Ägypten, Indien, Malaysia, Südkorea, Russland, Südafrika, Thailand, Türkei und Vietnam, kombiniert mit einer Quote von 100% für Importe aus allen anderen Ländern, oder drittens eine Quote von 63% für Stahlprodukte aus allen Ländern sein. Beim Aluminium schlägt das Handelsministerium erstens einen globalen Zoll von mindestens 77% auf allen Einfuhren, zweitens einen Zoll von 23,6% auf Produkten aus China, Hongkong, Russland, Venezuela und Vietnam, kombiniert mit einer Quote von 100% für alle anderen Länder, oder drittens eine Quote von 86,7% für Alu-Produkte aus allen Ländern vor. Bei den Quoten gälte jeweils pro Land das Volumen des Exportes des Jahres 2017 in die USA als Referenz. Ross hielt am Freitag fest, dass sich Trump nicht an diese Vorgaben zu halten brauche. Sektion 232 des Handelsgesetzes von 1962 gibt dem Präsidenten viel Spielraum. Trump muss aber spätestens im April entscheiden.

IN KÜRZE

Roche übernimmt US-Firma für knapp 2 Milliarden Dollar

(Reuters) · Der Pharmakonzern Roche setzt mit einem milliardenschweren Zukauf in den USA auf Big Data in der Krebsforschung. Das Basler Unternehmen übernimmt den Software-Anbieter Flatiron Health für 1,9 Mrd. \$ komplett, wie Roche in der Nacht auf Freitag mitgeteilt hat. Die neue Tochter mit Sitz in New York wertet über eine Kooperation mit mehr als 265 Krebskliniken und Pharmafirmen die Daten von Millionen von Patienten aus. So soll eine bessere und effizientere Behandlung möglich werden. Auch bei behördlichen Genehmigungen von Krebsarzneien spielt die Software eine Rolle: Flatiron bereitet die Daten der Patienten aus den Kliniken für die Aufsichtsbehörden auf, die etwa über die Zulassung eines neuen Medikaments bestimmen. Roche war bereits mit 12,6% an der 2012 gegründeten Firma beteiligt.

Allianz trotzt Unwägbarkeiten

ra. Frankfurt · Der Versicherungsriese Allianz hat am Freitag mit seinem Jahresergebnis für 2017 die Erwartungen der Analytiker leicht übertroffen. Das operative Ergebnis blieb stabil bei rund 11,1 Mrd. €. Damit trotzte der Konzern den Folgen von Wirbelstürmen, des schwachen Dollars und der Steuerreform in den USA. Der Nettogewinn sank jedoch geringfügig um 100 Mio. € auf noch 7,2 Mrd. €. Die Dividende soll dennoch um 40 Cent auf 8 € steigen. Als positives Signal werteten Beobachter zudem die Erhöhung der Bandbreite für den avisierten operativen Gewinn im laufenden Jahr auf 10,6 Mrd. bis 11,6 Mrd. €. Der Konzern gab keinen Kommentar zum angeblichen Interesse an der Übernahme des US-Versicherers XL ab. Dieser wäre mit einem Börsenwert von 11 Mrd. \$ ein grösseres Ziel. Sollte es keinen umfangreicheren Zukauf geben, spekulieren Anleger auf die Ausschüttung einer Sonderdividende.

Credit Suisse finanziert Professur an der Universität Basel

hat. · Der ältesten Hochschule der Schweiz kann kein Mangel an Aktualitätsbewusstsein vorgeworfen werden. Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Basel gründet mit dem «Center for Innovative Finance» (CIF) eine Forschungsstelle, die den Fokus auf Hype-Themen wie Fintech, Blockchain und Digital Banking legt.

«Spektakulärer Wettbewerb»

Während die Fachhochschulen vermehrt Grundlagenforschung betreiben und damit in das angestammte Jagdrevier der Universitäten eindringen, will das CIF gerade den entgegengesetzten Weg einschlagen.

Es möchte sich nicht auf die Grundlagenforschung beschränken, sondern ausdrücklich auch einen Beitrag zur Anwendung der Technologien in der Praxis leisten. Prof. Aleksander Berent-

sen, der dem Leitungsgremium des Zentrums angehört, begründet den Kurs mit dem besonderen Charakter des Forschungsgebiets: «Wir erleben derzeit einen der spektakulärsten Wettbewerbe aller Zeiten, denen Geldpolitik und Finanzwirtschaft je ausgesetzt wurden. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bekunden Mühe, der raschen Entwicklung zu folgen.»

1,3 Millionen Franken

Auch bei der Mittelbeschaffung setzt das CIF auf Praxisnähe: Die Credit Suisse finanziert eine auf fünf Jahre befristete Assistenzprofessur mit Schwerpunkt Blockchain-Technologie mit insgesamt 1,3 Mio. Fr. Die Vereinbarung zwischen der Grossbank und der Universität Basel, die der NZZ in Teilen vorliegt, garantiert die «uneingeschränkte Lehr- und Forschungsfreiheit».

helbling

Eines ist sicher: Nichts ist sicher.



Die industrialisierte Welt des 21. Jahrhunderts ist geprägt von permanentem Wandel. Neue Technologien verändern ganze Branchen, disruptive Geschäftsmodelle machen Newcomer zu Marktführern. Innovation erfordert Mut, doch sie ist auch die Grundlage für zukünftigen Vorsprung am Markt.

Wir unterstützen Sie lösungsorientiert, tatkräftig und kreativ bei der Entwicklung neuer Produkte und Services – durch technische und wirtschaftliche Kompetenz, gepaart mit der Erfahrung von Jahrzehnten.

Besuchen Sie unsere Website, um mehr über uns und unsere Leistungen zu erfahren: www.helbling.ch

Helbling
Wertvoll durch Innovation

Aarau · Bern · Wil SG · Zürich · Düsseldorf · München · Stuttgart · Boston · San Diego · Shanghai